

Besser, als das Gesetz verlangt

NORWEGEN Seit Jahresbeginn müssen Aufsichtsräte zu 40 Prozent mit Frauen besetzt sein, sonst droht der Firma die Schließung

Von Clemens Bomsdorf

In Sachen gesetzlich vorgeschriebener Gleichberechtigung geht Norwegen aufs Ganze: Seit dem 1. Januar müssen die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften (sogenannte allmennaksjeselskaper, kurz ASA) zu mindestens 40 Prozent mit Frauen besetzt sein, sonst droht im Extremfall die Schließung.

In Norwegen gibt es knapp 500 ASA, die größten sind im Wirtschaftsverband NHO organisiert. Ebendieser NHO hat sich gemeinsam mit vielen Unternehmen lange gegen das Gesetz gewehrt. „Wir wissen selber, was am besten für unser Unternehmen ist“, lautete das Hauptargument. Doch der Gesetzgeber wollte es nicht hören.

So galt es als ein Zeichen des Protests, die Vorschrift so spät wie möglich zu erfüllen. Am stärksten sträubten sich die Firmen Ocean Rig, Petrojack, Seadrill X, Teco Maritime, Songa Offshore und DNO. Sie hatten Anfang Dezember 2007 noch keine einzige Frau in ihren Aufsichtsräten. Was auch daran liegt, dass in der Energie- und Werftenbranche, wo die meisten rentenrenten Firmen tätig sind, der Frauenanteil am Personalstamm ohnehin sehr niedrig ist.

Als Wirtschaft und Verbänden klar wurde, dass niemand um das Gesetz herumkommen würde, legte NHO das Programm „Female Future“ auf und schulte Frauen, damit sie einen Aufsichtsratsposten übernehmen können. „Unser Programm ist eine Alternative zur gesetzlichen Vorschrift. Wir wollen zeigen, dass es wichtig ist, die Einstellungen der Leute zu ändern, um mehr Frauen in diese Positionen zu bekommen“, sagt Nina Solli, bei NHO für Gleichstellung zuständig. Kurz vor Jahreschluss hat sie noch einmal rund 250 Frauen in das Konferenzzentrum des Hotels Christiania eingeladen. Für einige von ihnen ist das Treffen die Abschlussveranstaltung von Female Future, für andere das so genannte Kick-off.

Gjertrud Helland hat den Lehrgang bereits besucht, für sie ist das Treffen im Dezember in Oslo das letzte. Die Juristin bei der börsennotierten Baufirma Veidekke hat gerade das Examen in „styrekompetanse“, Norwegisch für Aufsichtsratskompetenz, abgelegt. „Die 40-Prozent-Regelung war notwendig, sonst wäre diese Initiative nicht zustande gekommen und ich bekäme kein Zeugnis“, sagt sie. Wer das Zeugnis hat, wird in eine Datenbank eingetragen, aus der die Firmen sich qualifizierte Kandidatinnen für ihre Aufsichtsräte suchen sollen. Über 500 Frauen sind schon verzeichnet. Sie alle haben in den Kursen, die neben dem Job stattfanden, norwegisches Aktienrecht gepaukt, Bilanzen lesen gelernt und auch sogenannte Soft Skills trainiert.

Helland trägt ein Damenjackett mit einem türkisfarbenen Tuch, neben ihr sitzt eine Frau in fescher weißer Strickjacke – anders als auf klassischen Konferenzen fehlt die dunkle Einheitsstrack. Die beiden sitzen am Tisch mit den Frauen aus der Hauptstadtregion, und dort sind sich alle einig. Es mag zwar gut sein, Aktienrecht zu studieren und Bilanzen lesen zu lernen, aber um wirklich als Aufsichtsrat erfolgreich zu sein, müssen die Frauen ihre Version des Old-Boys-Network aufbauen. „Es ist wichtig, sich ein gutes Netzwerk zu schaffen, und wie das geht, habe ich bei Female Future gelernt“, so Helland. Am Vormittag hat Elisabeth Østrem von der Personalberatung Assesso erklärt, was Frauen lernen müssen. „Anders als viele Männer kehren die Frauen ihre Qualitäten nicht so nach außen und knüpfen weniger Beziehungen, die für ihr berufliches Fortkommen wichtig sind“, so Østrem.

Rund die Hälfte der bisherigen Teilnehmerinnen sitzt mittlerweile in einem Kontrollgremium, nicht in jedem Fall in einem großen börsennotierten Unternehmen, sondern auch in kleineren Gesellschaften, solchen, die die Quote eigentlich gar nicht erfüllen müssen. In Norwegen, wo Frauen ohnehin besser gestellt sind als in den meisten europäischen Staaten, hat das im Jahr 2003 beschlossene Gesetz sich also auch auf von der Regelung nicht direkt betroffene Unternehmen ausgewirkt.

Ausgerechnet eine konservativ geführte Regierung hatte im Jahr 2003 das Gesetz auf den Weg gebracht. Initiator war mit Ansgar Gabrielsen auch noch ein Mann. Für den ehemaligen Unternehmer und damaligen Wirtschaftsminister war die Gleichstellung per Gesetz nicht nur Selbstzweck, sondern sollte auch die Stellung der Unternehmen verbessern.

„Wir brauchen mehr Frauen wie Sie in Führungspositionen“, sagt Gabrielsen nach der Mittagspause auf der Konferenz und blickt fordernd in die Frauenmasse unterhalb des Podiums. „Ich habe viele Untersuchungen gelesen und immer wieder stand darin, dass Vielfalt in Unternehmen wichtig ist. Deshalb habe ich für das Gesetz geworben, das die Aktiengesellschaften zu einer Frauenquote für den Aufsichtsrat verpflichtet, und deshalb habe ich viel Schimpfe einstecken müssen.“

Eigentlich war er zu der Veranstaltung gar nicht eingeladen, schließlich mag der Verband NHO das von ihm initiierte Gesetz nicht. Doch einem norwegischen Fernsehsender hatte Gabrielsen vorgeschlagen, dass gewünschte Interview auf der Konferenz zu führen. Und wo er schon mal da war, hat der Verband ihn auch reden lassen.

Den anwesenden Frauen ist es recht. Gabrielsen schildert nicht nur witzig,

wie er damals mit Spott bedacht worden war, sondern er spricht auch vor Schwestern im Geiste. Denn viele der anwesenden Frauen finden die Regelung gut. „Ich habe von einem Gesetz, das Unternehmen zwingt, eine bestimmte Zahl Frauen im Aufsichtsrat zu haben, anfangs nichts gehalten“, sagt Marianne Gade Gørbitz. „Doch jetzt, wo ich an dem Kurs teilgenommen habe und die Entwicklungen sehe, hat sich meine Meinung geändert.“

Die Volkswirtin ist bereits jetzt Teil des Führungspersonals bei der IT-Firma IS Partner. „Ich glaube, der Zwang ist die einzige Möglichkeit, Frauen in diesem Fall zu fördern“, so Gørbitz. Und der Zwang hilft. Während im Jahr 2001, als die Frauenquote noch weit entfernt war, nur sechs Prozent der Aufsichtsratsmitglieder norwegischer Aktiengesellschaften weiblichen Geschlechts waren, stieg die Zahl in den vergangenen drei Jahren, seit das Gesetz beschlossen ist, stetig an. Im Januar 2007 lag sie bei knapp 25 Prozent und im Juli 2007 bei 30 Prozent, am Stichtag 1. Dezember 2007 waren 35 Prozent aller Aufsichtsräte Frauen.

Die im Verband NHO organisierten Unternehmen haben die 40 Prozent im Schnitt bereits erreicht. Doch neben NHO gibt es weitere entschiedene Gegner der Regelung. „Mit dem Gesetz wird man auf den ersten Blick das erwünschte Ergebnis erreichen. Aber das eigentliche Problem ist, dass es derzeit für viele Posten nicht genügend qualifizierte Frauen gibt“, sagt etwa Bente Landsnes, die es ganz ohne Quote an die Spitze der Osloer Börse geschafft hat. Sie gibt zu bedenken, dass an der Börse zwar viele IT-Firmen gelistet sind, der Anteil von Studentinnen in diesen Fächern aber äußerst gering ausfällt.

Forscher von der Universität Agder, die die Zusammensetzung von Aufsichtsräten in Schweden, Dänemark und Norwegen untersucht haben, stellten Ende 2006 fest, dass es keine signifikanten Auswirkungen auf die Profitabilität und die Kursentwicklung gebe. Die Wissenschaftler warnen davor, die Quote erreichen zu wollen, ohne Männer aus den Kontrollgremien zu entlassen: „Wenn der Aufsichtsrat vergrößert wird, um mehr unterschiedliche Mitglieder zu rekrutieren, dann kommt es zu indirekten Kosten in Form von der Zerstörung von Werten.“

Weil Gleichberechtigung in Norwegen keine Worthülse bleiben soll, hat der Gesetzgeber auch dem Mann ein kleines Geschenk gemacht, der ihn über den möglichen Verlust eines Aufsichtsratspostens hinwegtrösten soll: Selbstverständlich müssen auch die Herren zu mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten vertreten sein. Das beruht ungemain.

Um jeden Preis

MINDESTLOHN Nach den Briefzustellern wird nun eine Lohnuntergrenze für die Zeitarbeit diskutiert. Deren Nutzen ist jedoch umstritten



Boom: Eine Jobsuchende sichtet Anzeigen einer Leiharbeitsfirma. Die Branche braucht dringend Personal.

FOTO: DPA

Von Henning Zander

Er kaufe ungen die Katze im Sack, sagt Hartmut Grasnack, der das Personalmanagement bei dem Berliner Prothesenhersteller Merete Medical verantwortet. Das Unternehmen will sich vergrößern. Innerhalb der nächsten fünf Jahre soll sich die Belegschaft von heute 75 auf 130 Mitarbeiter fast verdoppeln. Die neuen Mitarbeiter sollen zunächst über eine Leiharbeitsfirma probeweise für sechs Monate beschäftigt werden. Stellt sich heraus, dass man zueinander passt, wird aus dem geliehenen ein eigener Mitarbeiter. Wenn nicht, trennen sich die Wege wieder. So einfach ist das. „Viele Umschüler und Arbeitslose bekommen auf diese Weise eine Chance für den Wiedereinstieg ins Berufsleben“, sagt Grasnack. Für sie ist es der einzige Weg. „Im Regelfall sucht man ja eher einen gestandenen Mann oder eine Frau aus der Praxis“, meint Grasnack.

In Deutschland arbeiten mehr als 670 000 Menschen nach Angaben des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn in der Zeitarbeit. Das System dahinter ist einfach: Das Zeitarbeitsunternehmen stellt Mitarbeiter ein. Diese kommen dann dort zum Einsatz, wo sie gebraucht werden. Der Vorteil aus Sicht der Entleiher: Sie können unkompliziert Mitarbeiter finden – und wieder entlassen. Dieser Service ist den Firmen viel wert. Schätzungen zufolge zahlen sie an die Verleiher doppelt so viel wie die Mitarbeiter Lohn bekommen. Seit 1995 hat sich die Zahl der Zeitarbeiter nahezu vervierfacht. Auch ein großer Teil des Aufschwungs am Arbeitsmarkt in den vergangenen Monaten geht auf das Konto der Zeitarbeit.

Fraglich ist, mit welchem Preis dieses Jobwunder bezahlt wird. „Was die Zeitarbeiter bekommen, liegt deutlich unter den Löhnen, die unseren Festangestellten gezahlt werden“, sagt Hartmut Grasnack. Während Merete Medical jedoch lediglich die Dienste einer Zeitarbeitsfirma in Anspruch nimmt, wenn neue Mitarbeiter gesucht werden oder punktuell Produktionsstellen ausgefüllt werden müssen, sind andere Unternehmen dazu übergegangen, die Belegschaft ganzer Produktionsteile an Zeitarbeitsunternehmen auszulagern. Nun will die Branche über eine Aufnahme ins Entsendegesetz einen Mindestlohn einführen.

Nach Gewerkschaftsangaben verdient jeder achte Zeitarbeiter (12,4 Prozent) so wenig, dass er ergänzend Hartz IV beziehen muss. Ein Mindestlohn sei auch deswegen notwendig, um ausländischen Zeitarbeitsfirmen keine Möglichkeit zu bieten, ihre Beschäftigten zu Dumpingpreisen in Deutschland arbeiten zu lassen. „Es ist durchaus denkbar, dass ein polnischer Maler in Zeitarbeit 2,45 Euro bekommt“, fürchtet Reinhard Dombre, Tarifexperte des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Mit seiner Angst vor der ausländischen Konkurrenz rennt Dombre beim Tarifpartner Bundesverband Zeitarbeit (BZA) offene Türen ein. „Wir müssen die sozialen Standards sichern“, sagt Präsident Volker Enckerts und ist deshalb auch für einen Mindestlohn. Denn niedrige Löhne rücken die Branche in ein schlechtes Licht. Ein Mindestlohn müsse allerdings marktverträglich gestaltet sein und nicht verzerrend wirken. Anders, als es beim Postmindestlohn derzeit der Fall sei, findet Enckerts. Schon 2006 hatten sich der DGB und die beiden Zeitarbeitsverbände BZA und Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (IGZ) auf einen Mindestlohn von 7,31 Euro im Westen und 6,36 Euro im Osten der Republik ab 2008 geeinigt. Mit diesen Vorgaben will die Branche nun in das Entsendegesetz aufgenommen werden.

Die Zahlung von gleichem Lohn für alle lehnt Enckerts hingegen ab. „Wenn das kommt, werden wir 100 000 Arbeitsplätze verlieren.“ Die Zeitarbeiter seien schließlich Angestellte der Zeitarbeitsagenturen. Diese trügen damit das Risiko, den Arbeitnehmer weiter zu entlohnen, auch wenn er nicht an ein anderes Unternehmen ausgeliehen werde. Thomas Hetz, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Mittelständischer Personaldienstleister (AMP), hält gar nichts von dem geplanten Mindestlohn. Nicht, weil er ein Befürworter von Dumpinglöhnen ist. Auch bei dem mit den christlichen Gewerkschaften für Zeitarbeit ausgehandelten Tarifvertrag liegt der Einstiegslohn bei sieben Euro. Vielmehr sieht Thomas Hetz den Grundsatz der Tarifautonomie bedroht. „Wir wollen unsere Tarife selbst aushandeln“, sagt Hetz. Der derzeitige Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Tarifsysteimen würde ausgehebelt, wenn sich der Staat für eines entscheidet. Die mögliche Konkurrenz aus

dem Ausland und die befürchteten Dumpinglöhne lässt Hetz als Argument nicht gelten, um sich vom Grundsatz der Tarifautonomie zu verabschieden. „Die Löhne in Polen steigen so rasant, dass sie schon in wenigen Jahren das deutsche Niveau erreicht haben werden.“ Die Tarifverträge von AMP, BZA und IGZ würden etwa 98 Prozent der Branche abdecken.

„Wozu dann noch ein Mindestlohn?“, fragt Hetz. „Wenn dies wirklich so ist, warum sperrt sich der AMP dann gegen den Mindestlohn?“, hält Gewerkschaftsmann Reinhard Dombre entgegen. Wie groß die Zahl der Menschen ist, die tatsächlich von dem Mindestlohn profitieren würden, ist allerdings auch beim DGB nicht bekannt.

Die endgültige Entscheidung darüber, ob die Zeitarbeit ins Entsendegesetz aufgenommen wird, soll bis März 2008 fallen. Sobald der jeweilige Tarifvertrag durch eine Rechtsverordnung für allgemeinverbindlich erklärt wird, gilt er auch für nicht tarifgebundene Unternehmen.

„Wer nicht bereit ist, einen Mindestlohn zu bezahlen, wird ihn auch unterlaufen können“, sagt Carola Hoffmann, Inhaberin des Berliner Zeitarbeitsunternehmens AZ GmbH. Über eines müsse man sich jedoch im Klaren sein: „Gute Leute bekommt man nicht umsonst.“ Ihre 110 Angestellten arbeiten derzeit für die unterschiedlichsten Firmen. Die Agentur ist spezialisiert auf Bürokräfte. Die Zeitarbeiter übernehmen Aufgaben von der Buchhaltung über Marketing, Einkauf, Vertrieb bis hin zum Controlling. „Gute kaufmännische Fachkräfte finden derzeit überall einen Job“, sagt Hoffmann. Keiner ihrer Leute verdiene weniger als 1200 Euro netto.

Ein Mindestlohn in Höhe des von BZA, IGZ und DGB angestrebten Kompromisses würde damit für die Agentur kein Thema sein. Dennoch solle der Staat in dieser Hinsicht nicht eingreifen, sagt Carola Hoffmann. „Es regelt sich alles über Angebot und Nachfrage.“ Während zwischen 2001 und 2005 die Lage nicht besonders rosig war, hat inzwischen um ihre Mitarbeiter ein regelrechter Wettlauf begonnen. „Bei guten Leuten muss man schnell reagieren, sonst suchen sie sich ihren Job bei der Konkurrenz.“ Auch die Zeitarbeitsfirmen müssen inzwischen um neue Mitarbeiter buhlen. Wer nur Dumpinglöhne anbietet, hat da einen schweren Stand.

stellenanzeigen.de
Qualifiziertes Personal
in unser Unternehmen
stellenanzeigen.de GmbH & Co. KG
Rheinstraße 26, 81009 München
089/85 10 76-100
089/85 10 76-999

stellenanzeigen.de, die
erstklassige Stellenbörse
für Fach- und Führungskräfte. Nutzen Sie die
Print-Online-Kombi zur
optimalen Erreichung
Ihrer Zielgruppe.
Tel.: 0228/884-230
rm.stellenanzeigen.de

stellenanzeigen.de
Für alle, die mehr können.

Kunsthandel/Antiquitäten
Norddeutschlands führendes Briefmarkenauktionshaus
kauft oder versteigert Ihre Briefmarken
und Münzen zu absoluten Spitzenpreisen – Rufen Sie bitte an
HBAW
HANSEATISCHE
BRIEFMARKENAUKTIONEN OHG
Telefon: 040 / 23 34 35 | www.hba.de

ALTE ROLEX • DIATEK • IWC • GLASHÜTTE
Kauf/ Ubrschmermeister Ruse • 33116 Mainz
Heidelbergerstraße 8 • Tel. 061 31 / 23 40 15

Suche Kunsthandwerk des 20. Jh. Studio-
Glas, Künstlerkeramik, Metall, Holzarbeiten,
Künstlerschmuck, Emaille u.a. Jedes Angebot
erwünscht. Tel: 0176 - 24 21 48 57

Albert KERBER Ölgemälde, „Suchender
Siegfried“ 1925. 42 x 40 cm, Preis VB.
☎ 0175 - 2824397 o. 06806 - 609355

Bibel/Prachtbände, Ernst Fuchs (VB 500 €),
Albertus Magnus (VB 120 €), neu, orig. verp.,
☎ 0172 - 240 63 69

Immobilien
Timmendorfer Strand – Niendorf
Strandvilla direkt an der Ostsee von
Privat, Grd. ca. 1.900 m², Wfl. ca. 400
m², VB 1,8 Mio. €, Tel: 0171 - 3236605

Ihr Traum wird wahr, ETW als FeWo
auf Balthum, zentr. gelegen mit Meerbl.
☎ 0172 - 511 34 77

Cochem
schöne 3ZBK Eigentumswhg.
85 m² m. Loggia u. Balkon sowie
gr. Garage, m. Burg- u. Moselblick
zu verkaufen. VB 88.000,- €
☎ 02671 - 7099

In Dieblich
Bauplätze mit Moselblick
zu verkaufen. Provisionsfrei.
☎ 02607 - 1038

Montabaur, Luxuswoh., Neubau Erstbezug
08, 4 Z, Küche, 2 Bäder, 140 qm plus 200 qm
Garten, gr. Garage, in 2 Parteien-Stadtvilla
v. Privat € 299.000,-, ICE-Anschluss
T: 0170-3017589

Schönes Einfamilienhaus,
Nähe BAB zwischen HN und S ge-
legen, Bj. 77, Gasbeton, Wfl. 170 qm,
Grundstück ca. 9 Ar, vollst. Infra-
struktur, von Privat. T: 07062 62494

Hochschwarzwald, traumhaftes EFH,
Hanglage, Panoramablick, Wfl. 200 m²,
ELW 80 m², Doppelgarage, 2 Balkone, gr.
Südterr., Kamin, Sauna, von Arzt priv. zu
verk., 520.000,- € ☎ 0172 - 620 33 85

Nähe Bad Birmbach/Abb., Bungalow neu,
Keller u. Garten, Garage mögl., behinderten-
gerecht, zvk./verm. ☎ 085 65 6 55

Garmisch Bestlage! Wohnanl.,
Neubau: EFH, 152 m², inkl. 2
Garagen, 890.000,- €, 4-Zi.-Whg.,
144 m², inkl. Hobbyr. + Garage,
620.000,- €, DG-Whg., 87 m²,
inkl. Garage, 395.000,- €, Fertigst.
Ende 07, v. priv. ☎ 0151 - 15 48 15 95

Immobilien im Ausland
Repr. Landhaus SW-Ungarn, Bestzu-
stand, Gr. 3000 m², Thermalbad, Jagd.
E-mail: kuria.hungaria@yahoo.com

Paraguay, Bungalow, 124 m², in dspr.
Residenz, bewacht, traumhaft trop. Park,
1.000 m² GrdSt., KP 79.000,- €
☎ 0171 - 63 40 976, www.Go2Py.de

Unterricht
Deutscher Doktorvater gesucht?
www.drgraezt.de Tel. 02204/81746

Geschäftsverbindungen
Forderungen oder
...uneinbringliche
Aussenländer?
ITMW
030/398 33 898
Moskau Team
Wassdor Neim, viel mehr

Verschiedenes
Schreiben Sie?
International tätiger Verlag
(über 3000 Titel) veröffentlicht
Romane • Lyrik • Anthologien
Sachbücher • Dissertationen
Fachbücher • Wissenschaften
Senden Sie uns Ihr Manuskript!
Haag + Herchen-Verlag GmbH
Fuchshohl 19a, D-60431 Frankfurt
Telefon 069/550911 • Fax 069/552601
www.haagundherchen.de

Holzkeasel (Allesbrenner)
25 Kw, neu, 50 cm Scheitholzlänge,
Preis 1990,00 €
Tel. 0172 / 84 58 964

Biete: Jegliche Hilfe bei wissenschaftli-
chen Arbeiten: Recherche, Strukturie-
rungen usw., Diplom-, Magisterarbeiten,
Dissertationen o. ä., Tel. 08 21 / 48 24 08